News Archiv October 2020

2020-10-23 10:59

younion: Applaus ist nicht genug!

KollegInnen im Gesundheits- und Pflegesystem verdienen mehr!

Mit 26. Oktober startet der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) eine europaweite Aktionswoche unter dem Motto „Applaus ist nicht genug“. Gemeinsam leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheits- und Pflegesystem alles Menschenmögliche, um die Pandemie zu bekämpfen und alle anderen Aufgaben die täglich im Gesundheitsbereich notwendig sind zu erledigen. „Wir lehnen Austeritätsmaßnahmen wie die Kürzung des EU4health-Programms von 9,4 Milliarden auf 1,7 Milliarden EUR ab und fordern die angemessene Finanzierung für unsere öffentlichen Gesundheits- und Pflegesysteme“, sagt Jan Willem Goudriaan, EPSU-Generalsekretär.

„Klatschen zahlt keine Miete“

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheits- und Pflegewesen stehen tagtäglich unter enormem Druck und hohem Ansteckungsrisiko. Sie brauchen mehr Ressourcen um ihre Arbeit in hoher Qualität ausüben zu können. Wir brauchen eine Aufstockung des Personalstands damit mehr Zeit am Patienten und weniger Stress entstehen, die Ausstattung mit allen notwendigen Schutzausrüstungen und entsprechende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Es braucht aber auch eine Attraktivierung durch angemessene Entlohnung. Klatschen alleine hilft da nicht weiter und zahlt auch keine Miete“, erklärt Thomas Kattnig, EGÖD Vize-Präsident und Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Dem erneuten Anstieg standhalten

In ganz Europa ist ein rapider Anstieg der Infektionszahlen zu beobachten. Wieder müssen Gewerkschaften feststellen, dass ein Mangel an Schutzausrüstung, Material und Personal es erschwert, der zweiten Welle standhalten zu können. Zusätzlich dazu fühlen sich viele ArbeitnehmerInnen immer noch erschöpft, nachdem die erste Welle mit Müh und Not überstanden wurde.

EGÖD-Generalsekretär Jan Willem Goudriaan: "Der EGÖD und seine Mitgliedsorganisationen rufen die Europäische Union und die nationalen Regierungen dazu auf, Schutzausrüstungen für das Personal in allen Krankenhäusern, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Wir beim EGÖD setzen uns für starke öffentliche Gesundheits- und Pflegesysteme ein, die auf diese und künftige Pandemien besser reagieren können.“

Kürzung der Spitalsfinanzierung grotesk

„Es ist geradezu grotesk, dass der österreichische Finanzminister in seinem Budgetvoranschlag für 2021

die Spitalsfinanzierung um 130 Millionen Euro kürzen will! Das kann nicht die Antwort auf diese Gesundheitskrise sein und vor allem nicht die Antwort an die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheits- und Pflegebereich. Gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldes sein“, stellt Kattnig abschließend fest.

Read more … younion: Applaus ist nicht genug!

2020-10-23 07:30

FSG zu Debatte um abschlagsfreie Hacklerregelung: Schwarz gegen Türkis ist wie Simmering gegen Kapfenberg

Willi Mernyi: Kurz & Co schüren mit ideologisch geführter Message Control nur Neid und Missgunst

„Während an der Basis einige FunktionärInnen des ÖAAB noch wissen, was die Buchstaben auch ausgeschrieben bedeuten, wird an der Spitze mutlos der Propaganda von Kanzler Kurz & Co gefolgt“, sagt Willi Mernyi, Bundesgeschäftsführer der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB, zu der laufenden Debatte um die Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung.

Besonders kritisiert Mernyi, dass mit falschen Argumenten junge und ältere Menschen verunsichert werden: „Es ist beschämend, dass auf diese Art und Weise versucht wird, Junge gegen Alte auszuspielen“, so Mernyi. Damit wollen Kurz & Co vertuschen, dass sie es waren, die bspw. die 60-Stunden-Woche eingeführt haben, den freien Karfreitag abgeschafft haben, die Altersteilzeit massiv verschlechtert und die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen aus der Sozialversicherung verdrängt haben.

Die abschlagsfreie Hacklerregelung kommt jenen Menschen zugute, die auch 45 Jahre lang gearbeitet haben. Heute ist nur mehr rund jeder zweite junge Mensch zwischen 15 und 24 Jahren erwerbstätig. „Jeder der ein wenig Kopfrechnen kann, sollte eigentlich draufkommen können, wie wenige Menschen in Wahrheit die abschlagsfreie Hacklerregelung in Anspruch nehmen können. Aber genau diesen Menschen gebührt unser voller Respekt vor ihrer langjährigen Arbeit und sie haben sich das verdient und sie haben auch 45 Jahre lang ihre Pensionsbeiträge eingezahlt“, so Mernyi. Die Debatte um die abschlagsfreie Hacklerregelung, wie sie von Türkis geführt werde, sei von Neid und Missgunst geprägt und nur rein ideologisch begründbar. Daher bleibe sogar oft unerwähnt, dass Frauen von der abschlagsfreien Hacklerregelung in wenigen Jahren auch profitieren werden.

„Die abschlagsfreie Hacklerregelung gehört in Wahrheit ausgeweitet, denn derzeit sind einige Personengruppen bzw. Geburtenjahrgänge noch ausgeschlossen. Das kann und sollte man rasch verbessern, die entsprechenden Anträge sind seit Monaten im Parlament eingebracht und sind lediglich deshalb noch nicht umgesetzt, weil Türkis jede Verbesserung blockiert“, so Mernyi abschließend.

Read more … FSG zu Debatte um abschlagsfreie Hacklerregelung: Schwarz gegen Türkis ist wie Simmering gegen Kapfenberg

2020-10-17 08:43

SPÖ: Neue ÖBAG-Direktoren Signal für Schmid-Ablöse

Für die SPÖ ist die Bestellung zweier neuer Direktoren für die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), die große Beteiligungen der Republik verwaltet, eine „Weichenstellung“ für eine mögliche Ablöse von ÖBAG-Alleinvorstand Thomas Schmid. Mit der Bestellung zweier neuer Direktoren mit Prokura zur Vertretung der Gesellschaft sei „Schmid überflüssig“, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer gestern in einer Aussendung.

Schmid habe dem Ansehen der ÖBAG in seiner kurzen Amtszeit schon so viel Schaden zugefügt, dass sein Abgang „überfällig“ sei, so Krainer. Die Regierung solle offenlegen, wie hoch die Gehälter der zwei neuen Direktoren seien.

Zudem verlangt er die Offenlegung, ob es davor Beratungsmandate von der ÖBAG und/oder der staatlichen CoV-Finanzierungsagentur COFAG an die Beraterfirma PwC gegeben habe, und wenn ja: wie viel Geld dabei geflossen sei. Denn ÖBAG-Vorstand Schmid habe die Ex-Chefin von PwC Österreich, Christine Catasta, zur Direktorin für Beteiligungsmanagement bestellt. Den Bereich Strategie soll der Digitalisierungsexperte Maximilian Schnödl leiten.

Raidl sieht „parteipolitische Angriffe“

Claus Raidl, einst selbst Vorstand der früheren staatlichen Beteiligungsholding ÖIAG, einem Vorläufer der ÖBAG, und zuletzt OeNB-Präsident, will Kritik und Rücktrittsaufforderungen an die Adresse von Schmid nicht verstehen. „Das sind parteipolitische Angriffe, die in erster Linie (ÖVP-Chef) Sebastian Kurz treffen sollen“, wird Raidl in der „Presse“ (Samstag-Ausgabe) zitiert.

Raidl, selbst jahrelang Kritiker der Staatsholding, ist voll des Lobes: „Auch mit seiner Personalpolitik, etwa das Engagement von Catasta, hat Schmid die Staatsholding als Institution re-etabliert und gefestigt.“ Und Catasta selbst meinte zur Zeitung: „Ich hoffe, dass das politische Hickhack jetzt aufhört. Es muss darum gehen, Mehrwert zu schaffen.“

„Presse“: Catasta 2017 als Finanzministerin im Gespräch

Bei der Wirtschaftsprüferin Catasta ließ Kurz laut „Presse“ Ende 2017, kurz vor der Angelobung der ÖVP-FPÖ-Regierung, nachfragen, ob sie Finanzministerin werden möchte. Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner hatte gerade abgesagt. Catasta: „Ich hatte einen Tag Bedenkzeit.“

Sie entschied sich laut „Presse“ angesichts ihres bevorstehenden Karrieresprungs bei PwC dagegen, das Amt übernahm Hartwig Löger. Und, was bekannt ist: Ende 2018/Anfang 2019 war sie eine Zeit lang im Gespräch als mögliche ÖBAG-Aufsichtsratspräsidentin; Catasta sagte ab, nachdem PwC Unvereinbarkeiten sah, weil der Consulter etliche Großkonzerne, auch von der ÖBAG, betreut. Statt Catasta wurde damals Helmut Kern ÖBAG-AR-Präsident.

Read more … SPÖ: Neue ÖBAG-Direktoren Signal für Schmid-Ablöse

2020-10-14 20:22

FSG-Wimmer zu Budgetrede: Keine Vermögens- und Konzernsteuern – ÖVP-Wahlkampfspender werden geschont

Blümel bleibt Finanzierungsmaßnahmen schuldig, vom Corona-Tausender fehlt jede Spur

„Finanzminister Blümel bleibt wieder einmal wesentliche Antworten schuldig. Mit keinem Wort hat er in seiner Budgetrede erwähnt, wie die Kosten der Corona-Krise finanziert werden sollen. Weder Millionärssteuern noch eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen wurden angesprochen. Es ist also zu erwarten, dass das, was jetzt ausgegeben wird, am Ende wieder von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt werden muss“, so der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Rainer Wimmer. Dabei hätten Studien gezeigt, dass trotz Corona-Pandemie die Reichsten immer reicher werden, während der Mittelstand unter den Auswirkungen zu leiden habe. „Die ÖVP verhindert weiterhin, dass Millionäre zur Krisenbewältigung beitragen. Fazit: Die Wahlkampfspender werden geschont“, so Wimmer.

Wenig abgewinnen kann der FSG-Vorsitzende auch der Selbstbeweihräucherung, wenn es um die angebliche Aufstockung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik geht. „Hier werden lediglich die Kürzungen korrigiert, die unter Türkis-Blau durchgeführt wurden, nicht mehr. Was jetzt vermeintlich neu in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit investiert wird, wurde vorher weggenommen. Das ist billige PR und wird nicht ausreichen, um die Situation am Arbeitsmarkt langfristig zu stabilisieren“, sagt Wimmer.

Er fordert die Regierungsparteien dringend auf, hier noch nachzubessern, denn die Probleme am Arbeitsmarkt werden sich nicht von selbst lösen. Es muss in ordentliche Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme investiert und das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent der Nettoersatzrate erhöht werden. Ebenso braucht es ein massives Konjunkturpaket, das nachhaltig wirkt und Arbeitsplätze schafft. „Die vielbeklatschten HeldInnen der Krise gehen leer aus, vom notwendigen Corona-Tausender fehlt jede Spur. Stattdessen preist die ÖVP einmal mehr das vielkritisierte millionenschwere Bauern-Paket. Das ist reine Klientelpolitik und hat mit der Bewältigung der Krise nichts zu tun“, so Wimmer.

Read more … FSG-Wimmer zu Budgetrede: Keine Vermögens- und Konzernsteuern – ÖVP-Wahlkampfspender werden geschont

2020-10-13 13:00

SPÖ und NEOS kritisieren Budgetpräsentation

Die SPÖ und NEOS haben im Vorfeld der morgigen Budgetpräsentation im Nationalrat Kritik an Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) geübt. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner vermisst eine adäquate Reaktion auf die aktuelle Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise und nannte den Voranschlag in einer Pressekonferenz ein „Manifest der gebrochenen Versprechen“. Vizeklubchef Jörg Leichtfried sprach Blümel die notwendigen Fertigkeiten ab.

Leichtfried ortete ein „Dokument der Selbstaufgabe“ und erinnerte an bisherige Stolperer Blümels, etwa fehlende Nullen im bereits bei der Vorstellung veralteten Budget 2020, den AUA-Deal und generell an dessen mangelnden Respekt vor dem Parlament.

„Wir erleben leider in dieser schweren Zeit den inkompetentesten Finanzminister aller Zeiten“, sagte er. Den großen Arbeitgebern werde großzügig Geld ausgezahlt, während jene, die um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen, schlechter dastünden.

Rendi-Wagner erinnerte an mehr als 400.000 Arbeitslose, deren Zahl im Winter auf über 500.000 wachsen könnte. Auch in der Industrie drohe nun eine Pleitewelle, vor der die SPÖ bereits vor Monaten gewarnt habe. Die türkis-grüne Bundesregierung habe hier nicht reagiert. Dabei, so die SPÖ-Chefin, müsste sie ein Budget vorlegen, „das eine in Zahlen gegossene Kampfansage gegen die Arbeitslosigkeit in Österreich ist“.

Meinl-Reisinger kritisiert Wortwahl

Blümel solle nach seinem Zwischenspiel im Wiener Wahlkampf nun „endlich Verantwortung für das Land übernehmen“, forderte NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger bei einer Pressekonferenz. Sie befürchtet, dass das Budget eine „in Zahlen gegossene Mutlosigkeit“ sein wird.

Blümel sei bis jetzt ein „Teilzeitfinanzminister“ gewesen, sagte Meinl-Reisinger und spielte auf seine Spitzenkandidatur bei der am Sonntag geschlagenen Wiener Gemeinderatswahl an. „Zu tun wäre einiges gewesen“, warf sie Blümel vor. Er habe über den Sommer zu wenig zur Bekämpfung der Auswirkungen der Coronavirus-Krise gemacht. Viele Unternehmen stünden vor der Pleite, aber Blümel treibe „Spielchen“ mit der EU-Kommission, verwies die NEOS-Chefin auf die Diskussion über den Fixkostenzuschuss II.

Zudem warf sie Blümel vor, intransparent zu agieren. Die Fraktionen hätten die Budgetzahlen aus den Medien erfahren müssen, das sei „undemokratisch“. Man werde sehr genau darauf schauen, wie das Budget aussehe und wofür Geld ausgegeben werde, versicherte Meinl-Reisinger. Dass es in der Krise mehr Ausgaben brauche, sei klar, aber der Haushalt müsse trotzdem bis zu einem gewissen Grad solide sein.

„Koste es, was es wolle“ sei „ein teuflischer Satz“, denn letztlich werde das zurückgezahlt werden müssen. Es brauche nun „mutige Erneuerungsschritte“ und Investitionen in Zukunftsbereichen, etwa Forschung, aber auch klimafreundliche Infrastruktur.

Read more … SPÖ und NEOS kritisieren Budgetpräsentation

2020-10-09 12:15

younion-Kattnig: Blümel liefert wieder einmal leere Worte statt Taten!

Dringliche Anfrage an den Finanzminister war überfällig „Ignorieren von Problemen ist kein politischer Lösungsansatz. Die heutige dringliche Anfrage des Bundesrates an den Finanzminister ist absolut nachvollziehbar. Leider waren seine Antworten wieder einmal ausweichend und dürftig. Offensichtlich plant die Bundesregierung aber keine weiteren Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden. Das ist fahrlässig und bedroht die regionale Wirtschaft“, sagte heute, Donnerstag, Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Schon im April dieses Jahres ist der Bundesrat tätig geworden und hat Minister Blümel aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag mit Maßnahmen gegen die Folgen von Corona vorzulegen. Die Antwort war zunächst Schweigen, dann Mogelpackungen, die den Gemeinden ihre sinkenden Ertragsanteile und die weg gefallenen Einnahmen aus der Kommunalsteuer bei weitem nicht ausreichend abgelten“, stellte Kattnig fest. Seither hat sich die Lage nicht verbessert.

Kattnig: „Durch die Untätigkeit der Bundesregierung hat sich die finanzielle Situation der Gemeinden sogar noch verschlimmert. Die Regierung hat den Vorsprung aus dem ersten Lockdown, der unter finanziellen und wirtschaftlichen Opfern der ArbeitnehmerInnen und Unternehmen erreicht wurde, völlig verspielt. Viele Gemeinden mussten bereits ihre Investitionen zurück fahren um die laufenden Ausgaben gerade noch stemmen zu können.“

Laut ExpertInnen des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) werden der regionalen Wirtschaft alleine 2020/2021 jeweils rund 1,2 Milliarden bis 1,6 Milliarden Euro fehlen. Kattnig: „Die Krise trifft die Menschen in Österreich durch die Untätigkeit von Kurz, Blümel und Co in doppelter Form. Durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verlieren sie Einkommen, die Krise schlägt sich voll auf das private Haushaltseinkommen durch. Das hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Leistungen der Daseinsvorsorge: Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger können nicht mehr erbracht werden. Branchen, die für den Wirtschaftsaufschwung dringend notwendig wären, brechen auf Grund fehlender Mittel weg. Wenig hilfreich sind Mogelpackungen wie die so genannte Gemeindemilliarde, die mindestens um die Hälfte zu gering dotiert ist.“

„Dass sich der Finanzminister in seiner Beantwortung der dringlichen Anfrage erneut hinter Worthülsen versteckt und keine echten Maßnahmen angekündigt hat, ist äußerst bedauerlich. Leider fügt sich das aber ins Bild einer Bundesregierung, die die Menschen im Land im Stich lässt und statt echter Hilfsmaßnahmen

nur leere Ankündigungen und große Worte liefert“, schloss Kattnig.

Read more … younion-Kattnig: Blümel liefert wieder einmal leere Worte statt Taten!

2020-10-08 19:57

younion-Meidlinger: Wiener Sozialpartnerschaft startet wieder durch Stadt investiert 600 Millionen Euro

Turbopaket kurbelt die Wirtschaft an

„Leider schläft die Bundesregierung weiter in der Pendeluhr. In Wien schlagen die Uhren zum Glück anders. Die Stadt lebt das Modell einer erfolgreichen Sozialpartnerschaft und investiert im Kampf gegen die wirtschaftlichen Corona-Folgen zusätzliche 600 Millionen Euro in die kommunale Daseinsvorsorge und die technische und soziale Infrastruktur“, erklärte heute, Donnerstag, der Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger. „Von selbst wird die Wirtschaft nicht wieder anspringen. Da muss eine verantwortungsvolle Politik schon Geld in die Hand nehmen und in die Zukunft investieren. Das hat die Stadt Wien erkannt und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung“, sagte Meidlinger.

Allein 156 Millionen Euro fließen in den wichtigen Bereich Bildungsinfrastruktur und Kindergärten. „Während der Bund seit Jahren nicht einmal ein einheitliches Bundesrahmengesetz für die österreichischen Kindergärten zusammenbringt, entstehen durch das Wiener Investitionspaket insgesamt rund 100 neue Klassen und 30 neue Kindergartengruppen“, sagte Meidlinger.

Dass Wien zusätzlich zum jährlichen Investitionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro ein 600 Millionen schweres Turbopaket für Bildung, Soziales, Sportstätten, öffentlichen Verkehr und Infrastruktur auf den Weg bringt, ist ein Erfolg der Sozialpartnerschaft. Das schafft Arbeit und Wertschöpfung und ist gesellschaftlich wertvoll.

Meidlinger: „Als Vertretung der Wiener ArbeitnehmerInnen finden wir bei Bürgermeister Michael Ludwig stets ein offenes Ohr und Gesprächsbereitschaft. Die Verhandlungen sind nicht immer einfach, aber immer von Fairness getragen. Mogelpackungen wie das viel zu schwach dimensionierte Hilfspaket für die österreichischen Städte und Gemeinden, für das sich Kurz, Blümel und Co gegenseitig auf die Schulter klopfen, wird man in Wien nicht finden.“

Read more … younion-Meidlinger: Wiener Sozialpartnerschaft startet wieder durch Stadt investiert 600 Millionen Euro

2020-10-07 09:06

younion-Kattnig: ArbeitnehmerInnen brauchen optimale Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung

Welttag für menschenwürdige Arbeit

Corona hat Situation verschärft Anlässlich des Internationalen Tages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober gilt es die Notwendigkeit von guten Arbeitsbedingungen, gerechter Entlohnung und entsprechender Personalausstattung hervorzuheben.

„Bereits vor der Covid-19 Pandemie war der Arbeitsdruck in den systemrelevanten Bereichen des öffentlichen Dienstes enorm. Durch die Pandemie hat sich die Situation weiter drastisch verschärft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben unter massiv erschwerten Bedingungen tagtäglich ihr Bestes im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das muss durch bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung honoriert werden“ erklärte heute, Dienstag, Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums von younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Ein Beispiel sind die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich sowie in der Kinderbetreuung und Elementarbildung. „Neben regional unterschiedlichen Bestimmungen und lokalen Anweisungen die zu vielen Unklarheiten führten, wurde auch der zusätzliche Personalbedarf in diesen Bereichen deutlich. Insgesamt müssten so allein in der Pflege, der Bildung sowie Kinderbetreuung und Elementarbildung rund 90.500 dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist wissenschaftlich belegt, dass damit die Krisensicherheit erhöht wird und die Qualität von Gesundheits- und sozialen Diensten sowie der Grundversorgung entscheidend verbessert wird“, so Kattnig.

Menschenwürdige, gute Arbeit muss im Mittelpunkt stehen. Sicherheit und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten, die entsprechende persönliche Schutzausrüstung sowie Maßnahmen um ein sicheres und nicht-diskriminierendes Arbeitsumfeld zu schaffen und um Übergriffe und Gewalt gegenüber den Beschäftigten zu vermeiden sind das oberste Ziel. „Die Bundesregierung muss endlich handeln um eine weitere Verschärfung der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und sozialen Krise zu verhindern. Das Warten auf ein effektives Hilfspaket für Städte und Gemeinden dauert schon viel zu lange.

Zusätzlich brauchen wir rasch ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge. Das sichert den dringenden Bedarf, schafft Arbeitsplätze mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und bringt die Wirtschaft wieder in Schwung. Die Regierung muss den Weckruf endlich wahrnehmen und in die Gänge kommen“, schloss Kattnig.

Read more … younion-Kattnig: ArbeitnehmerInnen brauchen optimale Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung

2020-10-06 10:07

FSG-Wimmer zu Arbeitsmarkt: Regierung hat wertvolle Zeit verstreichen lassen

Türkis-Blaue Beschlüsse rächen sich jetzt bitter

„Es ist erfreulich, dass Bundeskanzler Kurz – wenige Tage vor der Wiener Landtagswahl – entdeckt, dass es in Österreich mehr Anstrengungen für den Erhalt von Arbeitsplätzen braucht. Leider ist seit März wertvolle Zeit verstrichen, die man hätte nutzen können, um den Standort besser durch die Krise zu bringen“, so der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Rainer Wimmer. Während Gewerkschaften und SPÖ seit Beginn der Corona-Krise ständig und vehement darauf hinweisen, dass mit aller Kraft um Arbeitsplätze gekämpft werden muss, habe sich die Regierung auf PR-Shows und Ankündigungspolitik beschränkt, ohne ausreichend Maßnahmen zu ergreifen.

„Jetzt rächt sich auch bitter, was unter Türkis-Blau beschlossen wurde“, sagt Wimmer. Was jetzt als Arbeitsstiftung angepriesen werde, sei lediglich die Aufstockung der AMS-Mittel um jenen Betrag, der dem Arbeitsmarktservice damals weggenommen wurde. Ebenso würde man jetzt dringend wieder die Aktion 20.000 benötigen, um älteren Menschen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Doch auch diese Initiative ist Türkis-Blau zum Opfer gefallen. Eine weitere ÖVP-FPÖ-Maßnahme werde sich in den kommenden Monaten noch als Bumerang erweisen: „Wenn am Weg aus der Krise die Arbeitgeber die 60-Stunden-Woche voll ausnützen, wird das dazu beitragen, dass noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen und keine neuen geschaffen werden.“ Gerade jetzt brauche man das Gegenteil, nämlich eine Arbeitszeitverkürzung, um die vorhandene Arbeit gerechter verteilen zu können.

Wimmer kritisiert weiters, dass Bundeskanzler Kurz erst jetzt beginne, Gespräche in den Bundesländern zu führen. „Der Bundeskanzler hätte bereits vor Wochen die Gelegenheit gehabt, sich mit den Betroffenen von Betriebsschließungen auseinanderzusetzen. So hat zum Beispiel der Betriebsrat von ATB Anfang August um einen Termin beim Bundeskanzler angesucht, jedoch nie eine Antwort von ihm erhalten“, sagt der Gewerkschafter. „Die Situation ist ernst. Es geht um Existenzen. Ich fordere daher die Regierungsmitglieder auf: Stellen Sie politische Taktik und das Schielen auf Umfragewerte hintan. Tun Sie alles, was in Ihrer Kraft steht, um Arbeitsplätze zu sichern. Verzichten Sie auf Show und Ankündigungen, und setzen Sie wirkungsvolle Maßnahmen“, so der FSG-Vorsitzende.

Read more … FSG-Wimmer zu Arbeitsmarkt: Regierung hat wertvolle Zeit verstreichen lassen

2020-10-05 13:03

Rendi-Wanger fordert Schnelltesteistrategie

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner setzt auf Antigen-Schnelltests zur Eindämmung der CoV-Pandemie. In einer Pressekonferenz heute Vormittag forderte sie die Regierung auf, entsprechende Einkäufe zu tätigen, solange noch Tests auf dem Markt verfügbar seien.

Zum Einsatz kommen könnten diese zunächst vor allem in Pflegeheimen sowie als Massentests an Orten mit vielen Menschen, etwa bei Veranstaltungen kultureller Art und an Universitäten und Schulen.

„Anstieg der Infektionen hausgemacht“

In Österreich gebe es zwar noch kein exponentielles Wachstum, die Lage sei aber ernst, befand Rendi-Wagner. Die Verantwortung dafür schiebt sie der Koalition zu, die zu früh und ohne Plan gelockert habe: „Dieser hohe Anstieg der Infektionen ist hausgemacht.“ In Italien gebe es gemessen an der Bevölkerung nur ein Drittel der österreichischen Fälle, was zeige, dass es nicht so weit hätte kommen müssen: „Die Regierung hinkt dem Virus nicht nur einen, sondern bereits zwei Schritte hinterher.“

Um einen Lockdown zu verhindern, der eine wirtschaftliche Katastrophe darstellen würde, brauche es jetzt rasch eine Schnelltestrategie. Die Regierung müsse mit Experten erwägen, welche der Antigen-Tests möglichst sichere Ergebnisse liefern, und diese dann zentral beschaffen, damit nicht wieder ein Fleckerlteppich in Österreich entstünde. Eile sei geboten, denn auch andere Länder wüssten über die qualitativen Fortschritte bei dieser Testmethode.

Rendi-Wagner: Antigen-Tests sollen PCR-Tests nicht ersetzen

Der Vorteil der Schnelltests liegt für die SPÖ-Chefin auf der Hand. Zwar brauche es auch für sie geschultes Personal, jedoch würden die Ergebnisse innerhalb von 20 Minuten vorliegen. Dagegen vergehe bei den PCR-Tests bis zur Auswertung viel Zeit, und Cluster könnten sich ausbreiten. Dennoch will Rendi-Wagner die Antigen-Tests nicht statt der PCR-Tests, sondern zusätzlich zu diesen und den Gurgeltests zum Einsatz bringen.

Nicht festlegen wollte sich die SPÖ-Vorsitzende, was eine Vorverlegung der Sperrstunde angeht, wie sie der Bund von Wien will. Rendi-Wagner verwies darauf, dass sich die Stadtregierung für einen anderen Weg mit der Gästeregistrierung entschieden habe. Wenn der Bund eine Vorverlegung wolle, könne er diese ja verfügen.

Read more … Rendi-Wanger fordert Schnelltestrategie